



Niederschrift

44. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 27.11.2012
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Hans-Wilhelm Dünn CDU/ANW Leitung der Sitzung

Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister DIE LINKE
Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE Teilnahme ab 17:40 Uhr
Frau Hannelore Knoblich SPD
Frau Anke Michalske-Acioglu SPD
Herr Andreas Menzel Bündnis 90/Die Grünen Teilnahme bis 19:35 Uhr
Herr Johannes Baron v. d. Osten
gen. Sacken FDP
Herr Arndt Sändig Die Andere Teilnahme bis 20:10 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller DIE LINKE Teilnahme bis 19:45 Uhr für Frau
Püschel

sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth CDU/ANW
Frau Sabine Bittrich Migrantenbeirat
Herr Florian Engels SPD
Frau Christiane Erning Potsdamer Demokraten
Frau Beate Kruczek FDP Teilnahme ab 17:45 Uhr
Frau Dr. Manja Orłowski SPD
Frau Sabine Speck BürgerBündnis Teilnahme ab 17:45 Uhr
Herr Dr. Alexander Steinicke DIE LINKE Teilnahme ab 17:45 Uhr
Herr Sandro Szilleweit Die Andere

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

Gast

Frau Petra Rademacher	Komm.FBL Bildung und Sport
Herr Torsten Gessner	BL Sport
Frau Carmen Lehmann	AGL Schulorganisation
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatl. Schulamt
Matthias Holz	Musikschule
Frau Katrin Kantak	Projektverbund kobra.net
Herr Rüdiger Ziemer	SL Sportschule
Herr Heidepriem	SL Fröbelschule
Herr Bernd Richter	KIS
Frau Karola Linke	Amtsärztin
Frau Dr. Annett Georgi-Pröhl	AG Veterenärwesen/ Lebensmittelüber- wachung
Herr Uwe Preißler	Steuerung-Service
Frau Henrike Sattler	GB 1
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Frau Dr. Carola Gnadt	SL Humboldt-Gymn.
Herr Uwe Müller	Vors. Schulkonferenz Humboldt-Gymn.
Frau Matthesen	Elternsprecherin Humboldt-Gymn.
Herr Frank Steinert	Interessierter Bürger
Frau Viola Ziemer	Elternsprecherin Frö- belschule
Frau Jana Röhr	Fröbelschule
Herr André Rießler	Concordia Nowawes e. V.
Herr Andreas Klemund	LSH GmbH Potsdam
Herr Lutz Boede	Die Andere
Frau Levy	Wohnheim Sport- schule
Herr Steve Müller	Concordia Nowawes e. V.
Herr Torsten Heitz	Elternsprecher Sport- schule
Herr Olaf Retschlag	Wohnheimausschuss
Herr Henri Kramer	Sportschule PNN

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Ingrid Püschel	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Volker Klamke	SPD	nicht anwesend
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Kathleen Krause	SPD	entschuldigt
----------------------	-----	--------------

Herr Sven Stolpe
Herr Daniel Zeller

DIE LINKE entschuldigt
Bündnis 90/Die Grünen entschuldigt

Schriftführer/in: Frau Gudrun Wildgrube

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.10.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Vorstellung des Konzeptes für ein Zentrum zur Förderung von Kindern mit sozial emotionalen Störungen
- 4 Offener Brief Concordia Nowawes
- 5 Vorsitz des Regionalen Weiterbildungsbeirates
- 6 Sachstand der Sanierungsobjekte Goethe-/Einstein-/Humboldt-Gymnasium bzgl. Sitzung am 23.10.2012 TOP 6
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 7.1 Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014
Vorlage: 12/SVV/0732
SB Finanzen und Berichtswesen
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
 - 8.1 Information zur Alarmkette bei Krankheitsfällen in Schulen
 - 8.2 Information zum Sachstand Lehrerersatzpool
bzgl. Sitzung am 23.10.2012 TOP 5
 - 8.3 Eliteschule des Sports - Sachstand
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.10.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Dünn stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er informiert, dass die Fraktion Die Andere zum Offenen Brief Concordia Nowawes um Erweiterung der Tagesordnung gebeten hat und schlägt vor, dies unter TOP 8, Sonstiges, zu behandeln. Zu diesem Punkt hat Herr Boede Rederecht für Herrn Rießler, 2. Vorsitzender des SV Concordia Nowawes 06, beantragt. Unter TOP 8 möchte er weitere Dinge besprechen.

Gegen das Rederecht gibt es keine Einwände.

Herr Sändig bittet darum, den Punkt früher aufzurufen.

Herr Dünn informiert weiter, dass Herr Preißler zum TOP 6.1 anwesend ist und darum gebeten hat, diesen Punkt in der Behandlung vorzuziehen, weil er noch einen weiteren Termin wahrzunehmen hat.

Frau Knoblich verweist darauf, dass Gespräche mit Concordia Nowawes e. V. geführt werden. Deshalb bittet sie darum, die Diskussion zeitlich zu begrenzen.

Frau Michalske-Acioglu bittet Herrn Dörnbrack unter Sonstiges um Informationen zum Abitur 2014.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich zu einer veränderten Tagesordnung. TOP 6.1 soll nach TOP 3 behandelt werden. Der Offene Brief Conkordia Nowawes wird nach TOP 4 aufgerufen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Abstimmung der geänderten Tagesordnung:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Herr Dünn fragt, ob es Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung gibt.

Frau Erning findet ihren Redebeitrag zum TOP 7.1 nicht widergegeben. Sie bittet um Ergänzung der Niederschrift.

Herr Dünn erklärt, dass kein Wortprotokoll geführt wird. Frau Erning möchte ihren Redebeitrag schriftlich einreichen, damit er aufgenommen werden kann. Er bittet um Abstimmung der Niederschrift vom 23.10.2012 mit der beantragten Änderung.

Frau Erning gibt folgende Ergänzung der Niederschrift vom 23.10.2012 zu Protokoll. Die Ergänzung ist auf Seite 10 hinter dem Redebeitrag von Herrn Klamke einzufügen:

„**Frau Erning** weist unter Verweis auf TOP 6 auf die begrenzten finanziellen Ressourcen hin und bittet zur objektiven Urteilsfindung um das Gründungsjahr des Vereins und die aktuellen Mitgliederzahlen.

Herr Wapenhans gibt den November 2011 als Gründungsdatum bekannt und schätzt die Mitgliederzahl auf ca. 15 Personen.“

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung vom 23.10.2012 mit den von Frau Erning vorgeschlagenen Änderungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 3 Vorstellung des Konzeptes für ein Zentrum zur Förderung von Kindern mit sozial emotionalen Störungen

Herr Dünn begrüßt Frau Kantak, Leiterin des Projektverbundes kobra.net.

Frau Kantak informiert, dass sie als Leiterin der Kooperationsstelle Jugendhilfe-Schule an der Erarbeitung des Konzeptes mitgewirkt hat. Anhand einer Präsentation geht sie auf die Ausgangssituation ein und stellt ausgewählte Aspekte des Konzeptes vor.

Das Konzept wird den Ausschussmitgliedern mit der Niederschrift ausgereicht.

Herr Dünn stellt fest, dass es sich um ein schlüssiges und einzigartiges Konzept handle und bittet um Diskussion.

Herr Menzel fragt, wie das Projekt auf die Pilotschulen für Inklusion und andere Schulen ausstrahlt. Er verweist auf ein Beispiel aus Schleswig Holstein, wo Förderschule als Fachzentrum für alle Schulen entwickelt wurde und möchte wissen, wohin die Entwicklung in Potsdam gehen soll.

Frau Kantak erläutert, dass die UN-Rechtskonvention klare Ziele vorgebe. Bis dieses Ziel umgesetzt werden könne, gibt es eine Zeit, in der Kinder in der Förderschule gefördert werden. Diese Förderung sei zeitlich befristet und treffe nur zu, wenn ein Kind an der Grundschule nicht so gefördert werden kann, wie es für das Kind erforderlich ist. 2015/16 sollen alle Kinder in Klasse 1 mit LRS in Grundschulen eingegliedert werden, das heißt 2020/21 laufen Förderschulen aus. Die Kinder um die es geht, seien jetzt da und benötigen jetzt Hilfe. Bereits durch die Konzeptarbeit konnte in den letzten zwei Jahren an der Fröbelschule einiges verändert werden.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass der Fachbereich Bildung und Sport von dem Konzept angetan sei. Es spiegele eine neue Qualität der Zusammenarbeit unterschiedlicher Partner mit dem gemeinsamen Ziel der Förderung von Kindern mit emotionalen/sozialen Förderbedarfen wider.

Frau Knoblich bittet darum, heute nichts zu beschließen. Das Konzept sei interessant, wenn es mit Inklusion kompatibel ist. Den Ausschussmitgliedern sollte das Konzept übersendet werden.

Herr Wollenberg erklärt, dass das Konzept den richtigen Weg weise. Bezüglich Inklusion seien noch viele Schritte zu gehen. Es werde deutlich, dass es bezüglich der Ausstattung von Schulen noch Defizite gebe. Er fragt, ob die Kapazität für

unser Einzugsgebiet ausreiche und wie der Wissenstransfer für die Grundschulen erfolgen kann.

Frau Rademacher antwortet, dass Bedarf für 37 Schüler bestehe. Insofern sei die Kapazität von 40 Plätzen zunächst ausreichend.

Frau Kantak ergänzt, dass die Fröbelschule von Schülern aus Potsdam und Potsdam-Mittelmark besucht wird.

Herr Heidepriem erläutert, dass man keine Alternative zur Inklusion wolle. Schüler seiner Schule brauchen auch psychologische Betreuung. Es handle sich um Kinder mit auffälligem Verhalten im sozialen Bereich und auch traumatischen Störungen. Man müsse irgendwann dahin kommen, alle Beteiligten, wie Jugendamt, Klinik, Krankenkasse u. a., an einen Tisch zu holen und ein gemeinsames Konzept zu vertreten. Wenn wirkliche Betreuung vor Ort, in der Grundschule, angeboten werden kann, werde die Förderschule nicht mehr gebraucht. Deshalb wolle man mit dem Konzept ein zeitbegrenztes Angebot machen. Der Wissenstransfer mit den Grundschulen gestaltet sich dadurch, dass die Fröbelschule mit den Grundschulen, aus denen Kinder aufgenommen werden, Kooperationsvereinbarungen geschlossen hat. Die Lehrkräfte der Grundschulen werden zu Besprechungen der Fröbelschule regelmäßig eingeladen.

Frau Dr. Orlowski fragt, ob angedacht sei Grundschullehrer in der Fröbelschule hospitieren zu lassen und ob es eine Kooperation mit der Uni Potsdam gebe, die den Studiengang Inklusion einführt.

Herr Heidepriem informiert, dass Hospitationen gängige Praxis seien. Die Konzeptgruppe hatte Verbindung zur Humboldtuniversität Berlin. Mit der Uni Potsdam könne man Kontakt aufnehmen.

Herr Menzel erklärt, dass die Ausführungen einiges klargestellt haben. Ihn interessiert, wie man in der Landeshauptstadt Potsdam das Projekt hinsichtlich der Vernetzung zur Inklusion angehen könne. Er bittet darum, in einer der nächsten Ausschusssitzungen Pilotschulen einzuladen, die über Inklusion berichten.

Herr Heidepriem erklärt, dass seine Schule die Kinder nicht länger als zwei Jahre behalte. Es müsse nicht viel mehr Geld ausgegeben werden. Grundproblem sei, dass das Jugendamt und alle anderen Beteiligten das gleiche Ziel haben und im gleichen Boot sitzen, aber nicht immer in die gleiche Richtung arbeiten.

Herr Dörnbrack ergänzt, dass der Unterricht für betroffene Kinder auch in der Klinik abgesichert werde. Wissenstransfer gebe es auch mit dem Übergang der Kinder in eine weiterführende Schule. Die weiterführende Schule spricht hinsichtlich von Hilfeleistungen für das Kind mit der Förderschule.

Herr Dünn bedankt sich für die Diskussion.

Der Hinweis, sich in einer weiteren Sitzung mit dem Thema Inklusion zu befassen, wird aufgegriffen.

zu 4 **Offener Brief Concordia Nowawes**

Herr Rießler erhält Rederecht und führt aus, dass sich die Situation für die bei Concordia Nowawes trainierenden Kinder auf städtischen Sportanlagen sehr schwierig gestaltet. Er möchte auf die Notlage hinweisen. Im offenen Brief habe

der Verein Vorschläge bezüglich des Sportplatzes Sandscholle gemacht und aufgezeigt, wie kurzfristig Lösungen möglich wären. Dieses Anliegen fand keine Beachtung. Seitens der Stadt wurde übergangsweise eine Nutzung des Sportplatzes in Neu Fahrland angeboten. Der Fahrtweg dorthin sei für die Kinder und Eltern schwierig.

Herr Dünn verweist auf das morgige Gespräch des Vereins beim Oberbürgermeister. Zuständig sei der Geschäftsbereich Stadtplanung-Stadterneuerung, aus dem ein Vertreter zur heutigen Ausschusssitzung eingeladen wurde. Es sei leider niemand anwesend.

Frau Dr. Magdowski verweist auf den offenen Brief, in dem Herr Gessner angegriffen wird. Er könne zu bau- und planungsrechtlichen Fragen nichts sagen. Hier liege die Zuständigkeit beim Geschäftsbereich Stadtplanung-Stadterneuerung. Der Bereich Sport hat sich stets sehr engagiert für den Fortgang des Projekts eingesetzt.

Herr Gessner erklärt, dass Concordia-Nowawes hervorragende Arbeit mit Kindern und Jugendlichen leistet, zumal der Verein ein niederschwelliges Angebot unterbreitet. Die Verwaltung sei bemüht, dem beschriebenen Mangel an Trainingsmöglichkeiten abzuhelpfen. Dabei sind jedoch Grenzen gesetzt. Der Sportplatz Sandscholle ist von einem Wohngebiet umgeben. Von den Anwohnern gibt es bereits jetzt massive Lärmbeschwerden. Die Situation des ruhenden Verkehrs in den Anliegerstraßen ist so angespannt, dass auf den Parkplatz innerhalb des Sportplatzes nicht zu Gunsten eines Kleinspielfeldes verzichtet werden kann. Deshalb ist die Prüfung des Vorschlages zu dem Ergebnis gelangt, dass eine weitere bauliche Verdichtung auf dem Sportplatz Sandscholle nicht möglich ist und würde ohnehin das Problem umfänglich nicht lösen können. Im Übrigen würde man bei baulichen Erweiterungsmaßnahmen den Bestandsschutz verlieren, woraus rechtliche Schwierigkeiten hinsichtlich Lärmschutz entstehen würden – siehe Groß Glienicke. Aus diesem Grund wird an einer Verbesserung der Situation durch Bau eines Fußballplatzes an der Nutheschneelstraße gearbeitet. Dazu gebe es morgen ein Pressegespräch mit dem OBM und danach ein Informationsgespräch mit dem Verein.

Herr Wollenberg fragt nach dem Verhandlungsstand mit ICOMOS.

Frau Dr. Magdowski verweist darauf, dass ihr Geschäftsbereich in die Gespräche nicht eingebunden war.

Herr Szilleweit mahnt an, dass zum Vorschlag Sandscholle keine Rückkopplung zum Verein stattgefunden habe. In dem offenen Brief wurde um Prüfung der Nutzung von Nebenflächen, Beleuchtung, Erweiterung der Kabinen u.a. gebeten, um den Platz vielleicht durch Concordia Nowawes zu nutzen.

Herr Richter erklärt, dass die Situation für den Sportplatz Sandscholle geprüft wurde. Man rede gegenwärtig von immissionsrechtlichem Bestandsschutz, deshalb werde eine Erweiterung nicht möglich sein. Bezüglich der baulichen Anlagen auf dem Sportplatz bemühe sich Herr Gessner sehr wohl. In der AG-Schulinvestitionen und aufgrund der Haushaltssituation habe man Prioritäten setzen müssen.

Herr Gessner verweist darauf, dass in der Arbeitsgruppe, welche sich mit der Errichtung eines Fußballplatzes am Babelsberger Park beschäftigt, Bedarf und Ausstattung abgestimmt wurden. Dieses Vorhaben kam wegen der denkmal-

schutzrechtlichen Bedenken der Schlösserstiftung zum Stocken. Daran wird derzeit vorrangig vom GB 4 wegen der dortigen Zuständigkeit gearbeitet. Die AG hat derzeit keine Handlungsmöglichkeiten mehr.

Herr Menzel fragt, ob es auf dem Sportplatz Sandscholle noch Nutzungsmöglichkeiten gebe.

Herr Richter erklärt, dass der Platz gut ausgelastet sei. Man habe die Erweiterung der Spielfläche und der Nutzungszeiten nachgefragt und die Mitteilung erhalten, dass dies aus Immissionsgründen nicht möglich sei.

Herr Sändig fragt, ob eine Verbesserung der Kapazität durch Anlegen eines Kunstrasenplatzes in Betracht gezogen wurde.

Herr Richter verneint und äußert, dass hierfür notwendige Mittel nicht zur Verfügung stünden.

Frau Knoblich stellt den **Antrag zur Geschäftsordnung**, die Debatte zu beenden. Sie verweist darauf, dass keine Gelegenheit der Befassung bestand, weil der TOP zusätzlich auf die Tagesordnung genommen wurde, zudem sollte man das Gesprächsergebnis mit dem Oberbürgermeister kennen, um an Hand der Ergebnisse diskutieren zu können. Sie bittet den Ausschussvorsitzenden darum, Äußerungen nur unmittelbar zum Thema zuzulassen.

Herr Dünn lässt den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 2

Stimmhaltung: 2

zu 5 **Vorsitz des Regionalen Weiterbildungsbeirates**

Herr Dünn informiert, Herr Ziebarth habe sich bereit erklärt, den Vorsitz des Regionalen Weiterbildungsbeirates weiterhin vorläufig zu übernehmen. Dieses Angebot möchte man gern annehmen.

Das findet die Zustimmung der Ausschussmitglieder.

zu 6 **Sachstand der Sanierungsobjekte Goethe-/Einstein-/Humboldt-Gymnasium** bzgl. Sitzung am 23.10.2012 TOP 6

Herr Richter informiert über die Zeitschienen zu den einzelnen Schulen. Für das Einstein-Gymnasium ist VOF-Verfahren abgeschlossen. Der Zuschlag ist erteilt. Die Projekterarbeitung und das Planungsgespräch sind erfolgt. Im Dezember 2012 soll die Baugenehmigung beantragt werden. Fertigstellung ist 2014 geplant. Für die Goethe-Schule und das Humboldt-Gymnasium gilt die gleiche Zeitschiene.

Herr Wollenberg verweist auf die ausgereichten Pläne zum Humboldt-Gymnasium und möchte wissen, wie es sich mit der verkehrstechnischen Anbindung der Turnhalle und des Vereinshauses verhalte, wie die Rettungswege seien, wie die Nutzung des Rollsportfeldes für Rollsport und Schule angedacht sei

und wo die Pausenflächen angesiedelt werden.

Herr Richter erklärt, dass diese Planung im Rahmen von ÖPP mit der Schule und dem Fachbereich Bildung und Sport abgestimmt sei. Nach der neuen Planung werde sich noch etwas verschieben. Für die Anbindung der Turnhalle und dahinter wird es zunächst eine provisorische Zufahrt geben. Das Rollsportfeld ist durch einen Zaun abgesichert, wird aber auch für das Gymnasium zugänglich sein. Primat habe der Rollsport. Die Schule könne das Feld vormittags nutzen. Vereinsnutzung erfolge am Nachmittag und sei durch den Fachbereich Bildung und Sport zu organisieren. Das Areal des ehemaligen Blauhauses werde in die Planung einbezogen und wird für Pausenflächen zur Verfügung stehen. Der Nachweis an Pausen- und Spielflächen ist erfüllt. Das Vereinshaus wird nicht saniert werden. Es ist vorgesehen, diese Fläche ab 2014/15 als Außenfläche für das Gymnasium zu gestalten.

Herr Szilleweit fragt, wofür man 50 zusätzliche Parkplätze benötige.

Herr Richter informiert, dass man eine Bestandserweiterung mache und einen Stellplatznachweis führen müsse.

Herr Wollenberg bittet um Klarstellung bezüglich der Abmaße des Rollsportfeldes, wenn dieses von Schule und Verein genutzt werden soll. Es fehle ein Kleinspielfeld.

Herr Richter erklärt, das Spielfeld sei ein Großfeld in der Größe von zwei Kleinspielfeldern.

Frau Erning verweist auf die in der letzten Sitzung angesprochenen Kommunikationsprobleme und möchte wissen, ob das Gymnasium in die Planung einbezogen wurde.

Frau Dr. Gnadt bestätigt, dass das Gymnasium einbezogen wurde. Allerdings habe die Schule nach den heutigen Ausführungen zum Rollsportfeld erneut ein Problem, weil der Platz dann nicht ausreiche.

Herr Richter verweist auf den Auftrag vom Fachbereich Bildung und Sport, das Rollsportfeld zu sanieren. Deshalb gebe es kein weiteres Kleinspielfeld. Das Rollsportfeld kann von der Schule mit genutzt werden. Die Schule und der Fachbereich haben diese Planung im Rahmen des ÖPP-Verfahrens bestätigt. Hier verweist er auf das Ergebnisprotokoll. Morgen erfolgt die Präsentation des Planungsstandes für das Bauvorhaben.

Herr Wollenberg bittet um Auskunft zu den Maßen der Kleinspielfelder. Er möchte wissen, ob das Rollsportfeld der Größe von zwei Kleinspielfeldern entspricht. Außerdem bittet er darum, das von Herrn Richter angesprochene Protokoll an die Schule und die Ausschussmitglieder auszureichen. Für die Präsentation der Planungen regt er an, diese zu nutzen, sich mit der Schule zu verständigen. Wenn Flächen nicht ausreichen, habe die Schule Vorrang und nicht der Rollsport. Zum Belag des Rollsportfeldes bittet er mit Fachkräften Kontakt aufzunehmen. Es soll Beläge geben, die für Rollsport und Schulsport geeignet sind.

Herr Menzel möchte die Kennzahl des MBS für die Größe eines Kleinspielfeldes wissen.

Herr Gessner erklärt, das übliche Maß für ein Kleinspielfeld sei 20 x 40 Meter.

Herr Richter erklärt, dass der KIS die Freigabe von der Schule und dem Fachbereich bekommen habe. Insofern gehe er davon aus, dass das so stimmt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Informationen zur Kenntnis.

zu 7 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 7.1 **Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014**

Vorlage: 12/SVV/0732

SB Finanzen und Berichtswesen

Herr Preißler gibt eine allgemeine Einführung. Dabei geht er auf den Doppelhaushalt und das 17-Punkte-Programm ein, welches der Haushaltskonsolidierung dienen soll. Ziel sei es, bis 2015 einen Haushaltsausgleich zu erreichen und ab 2016/2017 Überschüsse im Ergebnishaushalt zu erwirtschaften, um diese für Investitionen in den Folgejahren einsetzen zu können. Potsdam ist eine wachsende Stadt, woraus sich eine Bedarfserhöhung bei der Finanzierung kommunaler Infrastruktur, z. B. für Kitas und Schulen, ergibt. Diese Finanzierung erfolgte bisher aus Zuschüssen des Landes, die sich in den folgenden Jahren verringern und bis 2019 auslaufen. Im Jahr 2020 wird es keine Solidarpakt II Mittel mehr geben. In den Jahren 2013 bis 2015 fehlen 14 Mio., die an Schlüsselzuweisungen weniger kommen werden. Der Eckwertebeschluss ist dem Ziel verpflichtet, den Ergebnishaushalt so zu regeln, dass man dies ausgleichen kann. Haushaltskonsolidierende Maßnahmen stehen im 17-Punkte-Programm. Das ist ein Angebot an die Politik, in dieser Sache etwas zu tun.

Frau Dr. Magdowski verweist auf das 17-Punkte-Programm. Darin werde u. a. gefordert, die Gebühren- und Entgeltordnungen auf den Prüfstand zu stellen. Für die Musikschule sei man dabei dies zu tun. Die Volkshochschule habe ebenfalls Dinge zu leisten. Ein weiterer Punkt sei die Nutzung von Sportstätten durch Sportvereine.

Die Fachbereiche stehen für Rückfragen zur Verfügung. Sie bittet die Ausschussmitglieder darum, dieses Angebot wahrzunehmen. Im Ausschuss für Bildung und Sport werde man die Probleme zu einem späteren Zeitpunkt sicher nochmals aufgreifen müssen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Eckwertebeschluss und seine Anlagen für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014 zur Kenntnis.

zu 8 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 8.1 **Information zur Alarmkette bei Krankheitsfällen in Schulen**

Frau Linke geht in ihren Ausführungen auf die gesetzlichen Regelungen zum Infektionsschutz ein. Die Weiterverbreitung von Infektionskrankheiten könne man nur stoppen, wenn man Kenntnis davon habe.

Herr Dünn fragt, ob es eine Meldepflicht gibt und wie die Alarmkette konkret abläuft.

Frau Linke erklärt, dass der Schulleiter bzw. der Träger der Einrichtung die Verantwortung trage. An den Schulen gebe es Rahmenhygienepläne. Der Schulleiter könne jedoch nur melden, wenn die Eltern melden. Die Eltern müssen belehrt werden, dass sie melden müssen.

Das Gesundheitsamt habe sich vorgenommen, nochmals zu sensibilisieren und jeweils zu Schuljahresbeginn die Belehrung der Eltern anzuregen. Von dem konkreten Fall habe das Gesundheitsamt von der Feuerwehr erfahren, nicht von den Schulen.

Frau Dr. Magdowski möchte wissen, ob es im Fall Sodexo im Lebensmittelbereich ein Problem gab und ob das Gesundheitsamt bezüglich der Lebensmittelüberwachung darauf Zugriff habe.

Frau Dr. Georgi-Pröhl erklärt, dass Sodexo seine Ware von einem großen Lebensmittelunternehmen bezieht. Im konkreten Fall kamen die Erdbeeren von der Firma Elbfrost aus Sachsen und waren aus China importiert. Sodexo selbst hat Lebensmittelrückstellproben eingefroren und hielt diese vor. Es gibt Eigenkontrolle der Unternehmen, wozu diese jedoch nicht verpflichtet sind. Stichproben werden durch die Lebensmittelüberwachung durchgeführt.

Herr Menzel verweist auf seine Kleine Anfrage 11/SVV/0269 betreffs Hygiene-, Reinigungs- und Lüftungspläne an Potsdamer Schulen. Danach haben 11 Schulen keine Hygienepläne. Er möchte wissen, ob diese jetzt erstellt sind. Potsdamer Eltern haben von dem Vorfall aus Berlin erfahren. Er gehe davon aus, dass das Gesundheitsministerium und das Bildungsministerium nicht kommuniziert haben.

Herr Dünn schlägt vor, sich in der heutigen Diskussion auf die Alarmkette zu konzentrieren und das Thema Schulesen zu einem späteren Zeitpunkt nochmal auf die Tagesordnung zu nehmen. Zusammenfassend stellt er fest, dass Meldepflicht der Eltern an die Schulleiter und der Schulleiter an das Gesundheitsamt besteht. Das Thema sollte in einem halben Jahr erneut aufgerufen werden. Er regt an, einmal im Jahr schulische Aufklärungsveranstaltungen durch das Gesundheitsamt zu gewährleisten.

Frau Linke bestätigt, dass die Meldung für Potsdam später erfolgte. Die Aufstellung der Hygienepläne liege in Verantwortung der Schulleitungen. Das Gesundheitsamt unterstützt bei Bedarf.

Herr Wollenberg möchte wissen, inwieweit die Kinderärzte in die Meldepflicht einbezogen sind.

Frau Linke informiert, dass es Meldepflicht der Ärzte bei Verdacht auf Infektionskrankheiten gibt. Diese Meldung kommt aber zu spät.

Frau Dr. Georgi-Pröhl erklärt, dass das Erkrankungsgeschehen sofort durch die Medien ging und die Firma Sodexo genannt wurde. Insofern müssen Eltern die Verantwortung erkennen und sich melden.

Der Ausschuss für Bildung und Sport verständigt sich dazu, das Thema Schulesen in einer der nächsten Sitzungen erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

zu 8.2 Information zum Sachstand Lehrerersatzpool
bzgl. Sitzung am 23.10.2012 TOP 5

Herr Gessner informiert, dass im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport mit Vertretern des Staatlichen Schulamtes und der Landeshauptstadt Potsdam ein Gespräch stattgefunden hat. Dort wurden weitere Schritte zur Prüfung von Maßnahmen der Unterstützung der Schulen in ihrem schulischen Vertretungsmanagement durch das Land bzw. das zuständige Schulamt vereinbart. Das Staatliche Schulamt Brandenburg ist aufgefordert ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und mit der Landeshauptstadt Potsdam abzustimmen. Wenn das Konzept abgestimmt ist, kann eine Information erfolgen.

Frau Kruczek fragt, wann das Konzept vorliegen wird.

Herr Dörnbrack informiert, das Schulamt werde prüfen und einen Vorschlag unterbreiten.

Frau Dr. Orlowski kann sich nicht vorstellen, woher Geld und Stellen kommen sollen.

Herr Dörnbrack erklärt, dass es vom Ministerium keine zusätzlichen finanziellen Mittel geben wird.

Herr Wollenberg fragt, ob es Aussagen zum Umfang für die Schulformen gibt.

Herr Gessner informiert, dass man über ein Modellprojekt im Bereich der Grundschulen gesprochen habe, weil es für diesen Bereich als besonders wichtig erachtet wird.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Informationen zur Kenntnis.

zu 8.3 Eliteschule des Sports - Sachstand

Herr Ziemer erklärt, dass Eliteschule klar definiert sei. Dazu kommen das Wohnheim und der Olympiastützpunkt. Einen Sachstand zu geben, bedeute über ein Stiefkind zu reden. Das Wohnheim war in den letzten Jahren von einer ständig wechselnden Trägerschaft betroffen. Es gab zwei Forderungen. Einen leitenden Erzieher und Internatsleiter einzusetzen sowie den Erzieherschlüssel und den Nachtdienst zu erhöhen. Frau Dr. Magdowski habe dies als erste ernst genommen. In diesem Zusammenhang seien die Geschehnisse vom 08.12.2011 zu sehen, auf die die Schule reagiert hat. Am 20.10.2012 haben 4 Schüler in der Nähe des Wohnheimes einen Joint geraucht. Ein Erzieher des Wohnheimes habe gehandelt. Die Schule musste prüfen, ob es Auswirkungen auf den inneren Schulbetrieb hat. Insofern wurde die Lehrerkonferenz zur Anhörung der betreffenden Schüler einberufen. Von den Schülern wurde eine Selbstauskunft verlangt. Schüler und Eltern wurden angehört. Im Ergebnis der Lehrerkonferenz wurde beim Staatlichen Schulamt beantragt, die Schüler an eine andere Schule zu verweisen.

Die Schule nimmt jährlich 120 Schüler auf. Grundsätzlich unterschreibe jeder Schüler der Sportschule eine Antidopingbestätigung. Sportschüler werden zudem häufig getestet. Bisher sei kein Potsdamer Sportler positiv getestet worden. Seit Anfang der 90er Jahre betreibe die Schule Prävention. Eltern und Schüler werden geschult.

Herr Dünn regt an, die Debatte im Gesamtkontext der Suchtprävention zu kommunizieren.

Herr Dörnbrack bestätigt die von Anfang an professionelle Arbeit der Schule, mit dieser Problematik umzugehen. Es erfolgte eine sachliche Betrachtung der Dinge. Das Schulgesetz ermöglicht entsprechende Ordnungsmaßnahmen vorzunehmen. Gegenwärtig laufe das Anhörungsverfahren im Staatlichen Schulamt. Man müsse hinterfragen, wie das pädagogische Konzept des Wohnheimes aussieht. Problem sei, dass es im Dreiersystem unterschiedliche Verantwortliche gibt. Das Problem an sich betreffe jedoch nicht nur diese Schule, man sollte schauen, wie die Gesellschaft mit der Problematik umgeht. Am 29.11.2012 wird eine Fachtagung mit Schulen und anderen Einrichtungen stattfinden.

Frau Dr. Magdowski erklärt, man solle sich davon lösen, dass alles in der Schule passiert. Außerschulische Orte seien wichtige Punkte. Sie verweist auf die am 28.11.2012 geplante Beratung zu dieser Problematik mit Frau Müller-Preinesberger und weiteren zuständigen Beteiligten der Stadt.

Herr Wollenberg lobt die aufschlussreiche Berichterstattung und den professionellen Umgang der Schule mit der Problematik. Die Frage sei, wie Wohnheimträger und Schule enger kooperieren können. Er regt an, dass die Antragsteller der DS 12/SVV/0832 nochmal in sich gehen, um die Debatte mit Augenmaß zu führen.

Frau Erning verweist darauf, dass es das Problem an jeder Schule gibt. Sie findet nicht in Ordnung, dass Chill Out e. V. in den Schulen propagiert, Kanabis sei wesentlich harmloser als andere Drogen.

Herr Szilleweit spricht sich gegen den Schulverweis der Schüler aus. Es handle sich um Kinder, die sich bewähren sollten.

Frau Magdowski verweist darauf, dass die Sportschule andere Regeln habe als andere Schulen. Schulleiter und Schule seien in einer schwierigen Situation. Doping müsse sich der Schule unterwerfen. Insofern sehe sie bei der Schule keine Verantwortung dahingehend, dass man sage, sie geht übers Ziel hinaus. Sie selbst habe auch Elterngespräche geführt.

Herr Dörnbrack erklärt, dass es individuelle Einzelentscheidungen bezüglich der Ordnungsmaßnahmen geben werde. Aus datenschutzrechtlichen Gründen könne er dazu keine Ausführungen machen. Man werde abwägen und es gebe Rechtsbeistand. Für ein- bis zweimal Kiffen gebe es keinen Schulverweis.

Herr Dünn bemerkt, dass es durchaus ein außerschulisches Problem sei, aber im Gesamtkontext zu sehen sei. Die Stadt ist aufgefordert die Suchtpräventionsmaßnahmen zu evaluieren.

zu 9

Sonstiges

Herr Dünn verweist auf die Bitte eines Ausschussmitgliedes an die Ausschussbetreuerin, die Einladung zu einer Veranstaltung über den Ausschussverteiler zu verschicken. Er bittet darum, derartige Mitteilungen zukünftig nicht über den Ausschussverteiler zu verteilen.

Frau Michalske-Acioglu bittet um Auskunft zum Abitur 2014. Eine besorgte Mut-

ter bat um Hilfe. Diese hat Sorge, dass die Voraussetzungen in Berlin und im Land Brandenburg unterschiedlich sind und unterschiedliche Interpretation stattfindet. Es wird eingeschätzt, dass die Voraussetzungen im Land Brandenburg schwieriger und schlechter sind als in Berlin. Das sei Ländersache, trotzdem bittet sie Herrn Dörnbrack um eine Antwort.

Herr Dörnbrack erklärt, das hänge damit zusammen, dass Brandenburg eine Umstellung im Abitur habe. Ein 4 Stundenablauf erhalte das Niveau von 2 Stunden. Dementsprechend gab es Ängste bei Schulleitern und Schülern. Er wisse, dass es diese Diskussion gibt, weil man von einem gemeinsamen Abi Berlin - Brandenburg spricht. Brandenburger Schüler werden keine Nachteile haben. Es wird Lehrkräfte geben, die die Schüler auf das Abitur vorbereiten.

Frau Michalske fragt, warum es Zentralabitur heißt, obwohl Berliner und Brandenburger Schüler nach unterschiedlichen Rahmenplänen unterrichtet werden.

Herr Dörnbrack erklärt, dass das Abitur in bestimmten Fächern abgelegt wird. Man denke über alle Bundesländer nach. Da die Hoheit für Bildung jedoch beim Land liegt, setzt jedes Land die Prämissen. Die Mutter sollte sich mit ihren Fragen an den Schulleiter wenden.

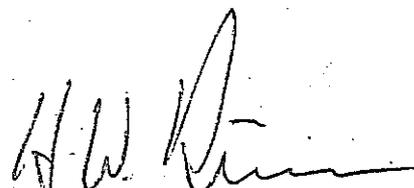
Herr Dünn gibt bekannt, dass die nächsten planmäßigen Sitzungstermine für den Ausschuss Bildung und Sport der 18.12.2012 und der 15.01.2013 sind. Die nächste Stadtverordnetenversammlung ist am 30.01.2013. Insofern könnte ein Sitzungstermin für den Ausschuss entfallen. Er bittet die Ausschussmitglieder um ihre Meinung.

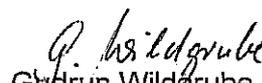
Die Ausschussmitglieder verständigen sich mehrheitlich dazu, dass der Sitzungstermin am 18.12.2012 entfällt. Die nächste planmäßige Sitzung ist am 15.01.2013.

Herr Wollenberg fragt, ob es für die Gesamtschule am Schilfhof schon einen Schulleiter gibt.

Herr Dörnbrack informiert, dass es diesbezüglich eine intensive Zusammenarbeit des Staatlichen Schulamtes mit dem Fachbereich Bildung und Sport gegeben hat. Man habe eine geeignete Lehrkraft gefunden, die derzeit ein Grundkonzept erarbeitet. Die Kollegin hat für die Broschüre „Bildungsangebote der weiterführenden Schulen“ gearbeitet. Er bereite derzeit die Ausschreibung für die Lehrkräfte vor. Nach dem 10.12.2012 wird es eine gemeinsame Pressekonferenz geben.

Frau Dr. Magdowski gibt bekannt, dass die Breitensportkonferenz am 11.12.2012 um 18.00 Uhr sein wird.


Hans-Wilhelm Dünn
Ausschussvorsitzender


Gudrun Wildgrube
Schriftführerin

Beschlussvorschlag für den Jugendhilfeausschuss am 13. Dezember 2012
Betr.: Gesamtkonzept Sozialarbeit an Schulen in der Landeshauptstadt Potsdam

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

1. Zur Sicherstellung bedarfsgerechter Kinder- und Jugendhilfeangebote für Schülerinnen und Schüler, die an der Schnittstelle zur Schule (Sozialarbeit an Schulen) erbracht werden, ist ein abgestimmtes Gesamtsystem in der Landeshauptstadt Potsdam notwendig. Auf der Grundlage bisher geführter fachlicher Diskussionen in und zwischen den Bereichen Jugendhilfe und Schule wird daher bis März 2015 ein Rahmenkonzept für die schüler_innenbezogenen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in der Landeshauptstadt Potsdam entwickelt.
2. Die hierfür notwendige Arbeitsstruktur besteht aus
 - einer Koordinierungsgruppe,
 - den fachlichen Arbeitsgemeinschaften gemäß § 78 SGB VIII,
 - einer schulischen Arbeitsgruppe sowie
 - zwei Werkstattgesprächen und einem Fachtag, die im Rahmen des Gesamtprozesses durchgeführt werden (siehe Schaubild – **Anlage 1**)

Die einzurichtende Koordinierungsgruppe ist wie folgt zu besetzen: Vertreter_in Jugendhilfeausschuss, FbL 35 (Kinder, Jugend und Familie), Vertreter_in Unterausschuss Jugendhilfeplanung, Vertreter_in Ausschuss Bildung und Sport, FbL 21 (Bildung und Sport), Vertreter_in Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel.
Aufgaben der Koordinierungsgruppe: Abstimmung von Aufträgen mit den fachlichen Arbeitsgruppen, Koordinierung Gesamtprozess, Sicherung des Informationsflusses (Transparenz herstellen für alle Beteiligte), Zusammenführung der Teilprozesse und -ergebnisse, Mitplanung der Werkstattgespräche und des Fachtages.

Die Jugendhilfe-Arbeitsgruppen (Fach-AGs gemäß § 78 SGB VIII zzgl. AG SaS/ Schulsoz.) erfassen die schülerbezogenen Hilfe- und Unterstützungsbedarfe sowie ihre diesbezüglichen jugendhilfeinternen Schnittstellen und die zum System Schule. Hieraus abgeleitet sind arbeitsfeldspezifische, abgestimmte Jugendhilfeangebote und Verfahren zu entwickeln.

Die AG Schule erfasst die schülerbezogenen Hilfe- und Unterstützungsbedarfe aus Sicht der Schule sowie die damit verbundenen Schnittstellen zur Kinder- und Jugendhilfe. Auf dieser Grundlage können die Schnittstellen zu den Leistungen der Sozialarbeit an Schulen weiterentwickelt und schulinterne Entwicklungsschritte verabredet werden, um den ermittelten Hilfe- und Unterstützungsbedarfen der Schüler_innen entsprechen zu können.

Das 1. Werkstattgespräch dient vor allem der jugendhilfeinternen Abstimmung.

Das 2. Werkstattgespräch dient vor allem der Zusammenführung der Teilergebnisse sowie der Diskussion und dem Austausch zwischen Schule und Jugendhilfe. Auf der Grundlage des 2. Werkstattgesprächs wird der Entwurf des Rahmenkonzepts erstellt. Der gemeinsame Fachtag dient der Diskussion und kritischen Reflexion der Entwurfsfassung des Rahmenkonzepts.

3. Der Gesamtprozess wird durch eine externe Prozessbegleitung unterstützt. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von 51.229,50 € sind in die Haushalte 2013 und folgende der Fachbereiche Kinder, Jugend und Familie sowie Bildung und Sport zusätzlich einzustellen. Zur Gewährleistung der Kontinuität des fachlichen Diskurses und aufgrund der hohen Akzeptanz sowie fachlichen Anerkennung seitens

der Potsdamer Schul- und Jugendhilfeakteure wird empfohlen, den Projektverbund kobra.net mit der Prozessbegleitung zu beauftragen (siehe Meilensteinplan und Kostenkalkulation - **Anlage 2**).

4. Bis zu einer Beschlussfassung zum Rahmenkonzept eines abgestimmten Systems schüler_innenbezogener Jugendhilfeleistungen wird das bestehende System Potsdamer Schulsozialarbeit im bisherigen Rahmen und Umfang fortgeführt, inhaltlich jedoch weiter qualifiziert.
5. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Bildung und Sport, diesem Verfahren zuzustimmen.

Begründung:

Diskussionen um Qualität und Quantität der Schulsozialarbeit wurden und werden vor allem im Jugendhilfeausschuss seit langem geführt. Sie waren oft defizitorientiert oder fanden im Kontext von Negativereignissen statt.

Bedarfsabfragen an Potsdamer Schulen führten immer zu der Erkenntnis, dass der gemeldete Bedarf an Schulsozialarbeit groß ist, die finanziellen Möglichkeiten der Stadt, diesem zu entsprechen, jedoch nicht vorhanden sind. Kriterien nach denen der Bedarf objektiv bewertet werden kann, wurden bisher nicht erarbeitet.

Die vom Bereich Jugendhilfe als sehr unzureichend bewertete Wahrnehmung der Mitverantwortung des Landes bei der inhaltlichen Ausgestaltung und Finanzierung der Schulsozialarbeit als eine der wichtigen Schnittstellen zwischen Jugendhilfe und Schule führte zwar zu Gesprächen mit dem zuständigen Ministerium, die Situation konnte aber nicht verändert werden.

Mit Beschluss der SVV vom 4. Juni 2008, DS 08/SVV/0560, wurde die Verwaltung beauftragt, „das gesamte System der Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam bis Ende des kommenden Schuljahres (2009) einer Evaluation zu unterziehen“.

Der dazu im September 2011 dem Jugendhilfeausschuss vorgestellte Abschlussbericht der START gGmbH enthielt u.a. die Empfehlung, ein „kommunales Rahmenkonzept Sozialarbeit an Schule der Landeshauptstadt Potsdam“ zu entwickeln.

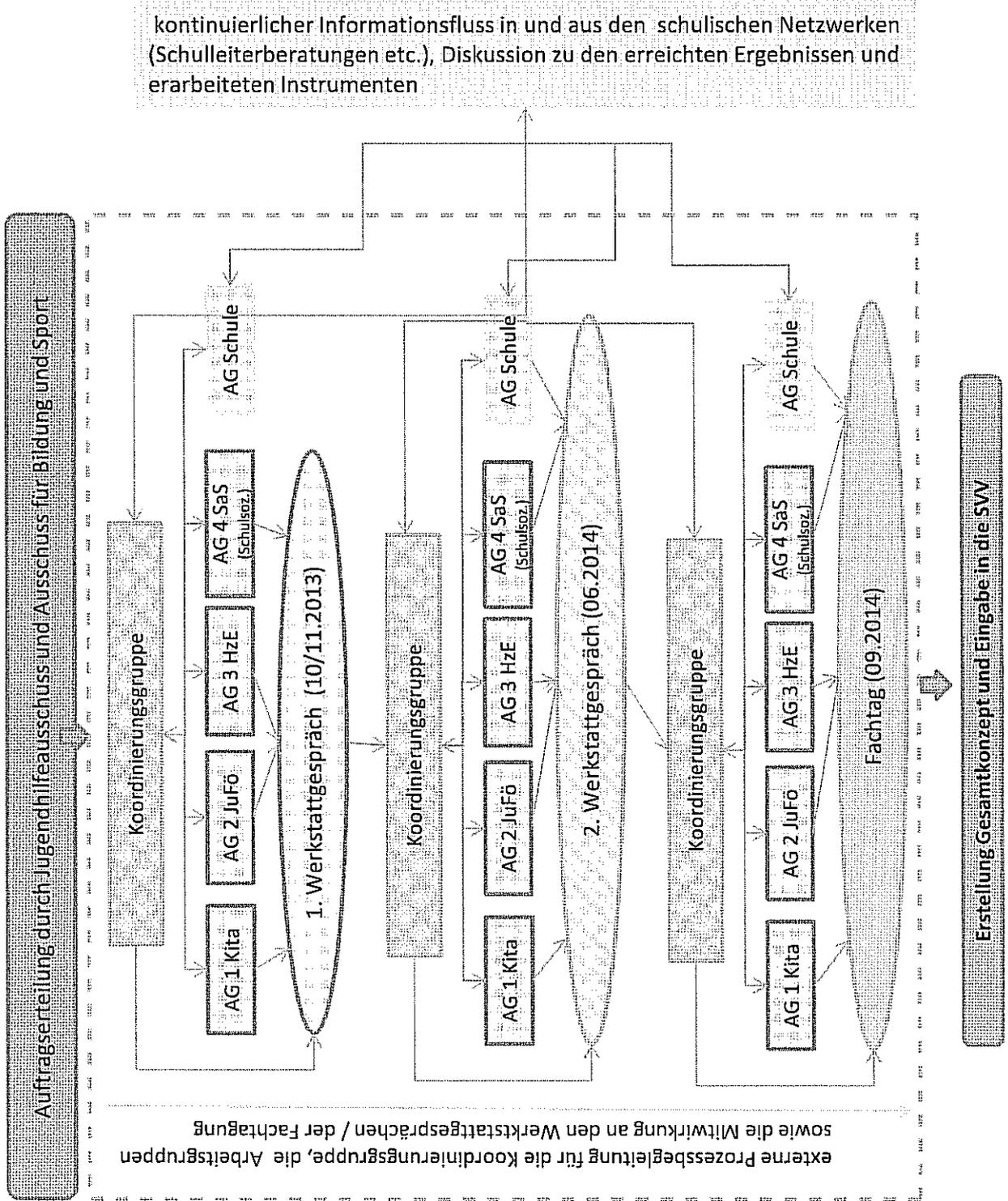
Dieser Aufgabe hatten sich der JHA, der Unterausschuss Jugendhilfeplanung, die Verwaltung des FB Kinder, Jugend und Familien in enger Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Bildung und Sport, dem Staatlichen Schulamt Brandenburg sowie dem FB Bildung und Sport unter begleitender Moderation der Landeskooperationsstelle Schule-Jugendhilfe seit Anfang 2012 gestellt.

In drei ergebnisoffenen Workshops wurde um Grundpositionen der beiden Systeme Jugendhilfe und Schule zum Thema Sozialarbeit an Schulen auf der Grundlage von Soll-Ist-Analysen gerungen und eine Verständigung zum weiteren Verfahren im Prozess der Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes herbeigeführt.

Das Ergebnis des bisherigen gemeinsamen Zielfindungs- und Verständigungsprozesses liegt mit diesem Beschlussvorschlag des Unterausschusses Jugendhilfeplanung vor.

gez.
Thomas Liebe
Vorsitzender des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung

Arbeitsstruktur zur Entwicklung eines Gesamtkonzepts Sozialarbeit an Schulen in der LH Potsdam



externe Prozessbegleitung für die Koordinierungsgruppe, die Arbeitsgruppen sowie die Mitwirkung an den Werkstattgesprächen / der Fachtagung

kontinuierlicher Informationsfluss in und aus den schulischen Netzwerken (Schulleiterberatungen etc.), Diskussion zu den erreichten Ergebnissen und erarbeiteten Instrumenten

Erstellung Gesamtkonzept und Eingabe in die SW

Meilenstein	Aufgabenbereich:	Plattermin	Hinweise	externe Begleitung / Kosten
1	Auftrag des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Bildung und Sport zur Entwicklung eines Gesamtkonzeptes Sozialarbeit an Schulen in der LH Potsdam	13. Dezember 2012	Inhaltliche Auftragsbeschreibung + Zeitplan + Ressourcen (für Prozessbegleitung, Durchführung Workshops/Fachtag und externe Unterstützungsleistungen für die Arbeitsgruppen)	
2	Koordinierungsgruppe nimmt die Arbeit auf	Mitte Januar 2013	In der Koordinierungsgruppe wirken mit: Vertreter_in JHA, Vertreter_in BA, Vertreter_in Staatliches Schulamt, FbL 35, FbL 21, Vertreter_in UA JHpl - Moderation und Unterstützung für die Gruppe durch ext. Prozessbegleitung. Die Koordinierungsgruppe muss im weiteren Prozess den Gesamtsicht herstellen, Informationen an die operative sowie strategische (Politik) Ebene geben und sicherstellen, dass die operative Ebene die Unterstützungsleistungen erhält, die für die inhaltliche Arbeit notwendig ist.	Für die Begleitung der Koordinierungsgruppe 15 Treffen, Je Treffen inkl. der Vor- und Nachbereitung ein Beratertag: 15 Beratertage
2a	Auftragsbeschreibung durch Koordinierungsgruppe auf der Grundlage der Ergebnisse/Erkenntnisse im bisherigen Prozess (Evaluation, Workshops und Jugendhilfeinterne Runden)	Mitte Februar 2013	Koordinierungsgruppe / externe Prozessbegleitung	
2b	Auftragspräzisierung und Definition von Auftragspaketen im Dialog mit den Arbeitsgruppen auf der operativen Ebene	März 2013	Vorausichtlich werden die bestehenden arbeitsfeldbezogenen Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII zzgl. der AG SaS und eine Schul-AG die grundlegende Struktur auf der Arbeitsebene darstellen. Die Arbeitsgruppen definieren ihren Arbeitsplan und beschreiben - wo notwendig - schulische Akteure und andere AGs ein. Ein erstes Arbeitspaket wird eine umfassendere Bestandsaufnahme der Aktivitäten/Angebote im Feld der Sozialarbeit an Schulen (der schulbezogenen Aktivitäten der Kinder- und Jugendhilfe) darstellen müssen.	Für die Begleitung der Arbeitsgruppen sind je Gruppe 10 Treffen kalkuliert (nicht immer mit der gesamten Gruppe, das können die AGs nicht leisten). Je Treffen inkl. der Vor- und Nachbereitung 5 Stunden; 50 Treffen x 5 Stunden = 250 Stunden, entspricht: 31,25 Beratertage
3	Arbeit auf der operativen Ebene in Abstimmung mit und Rückkopplung zu der Koordinierungsgruppe	ab April 2013	Benennung von Ansprechpartner_innen / Verantwortlichen in den Arbeitsgruppen / Was können die AGs leisten? Welche Unterstützung ist notwendig? Welche Aufgaben müssen vergeben und dann in den AGs diskutiert und angeordnet werden? Zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form erfolgt die Einbeziehung der schulischen Akteure in den Arbeitsprozess? Welche Unterstützungsleistung soll durch die Prozessbegleitung in den Arbeitsgruppen stattfinden?	Im Zuge der Arbeit mit den AGs wird es notwendig sein Instrumente zu entwickeln (z.B. zur Bestandserfassung), eine Auswertung und Zusammenfassung von Befragungen/ Erhebungen vorzunehmen. Das werden die AGs nicht leisten können - hier wird es die externe fachliche Zuarbeit/ Unterstützung brauchen: 8 Beratertage
3a	Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden in die Koordinierungsgruppe eingebracht	August 2013	Zusammenführung und Diskussion der Ergebnisse / Materialien	
3b	Bündelung und Aufbereitung bisheriger Ergebnisse durch die Koordinierungsgruppe. Info an die Arbeitsgruppen und Vorbereitung des 1. Werkstattgesprächs	September 2013	Koordinierungsgruppe / externe Prozessbegleitung: Werkstattgespräch konzipieren, Ziele festlegen	
4	1. Werkstattgespräch (Jugendhilfe)	Ende Oktober/ November 2013	externe Moderation (zwei Personen)	Für die Moderation inkl. Vor- und Nachbereitung sowie Dokumentation: 3,5 Beratertage (inkl. Co-Moderation)
4a	Auswertung des Werkstattgesprächs und Rückkopplung von Ergebnissen und ggf. Arbeitsaufträgen in die Arbeitsgruppen sowie Jugendhilfeausschuss und Ausschuss für Bildung und Sport in Form eines Zwischenberichtes	Ende November 2013 bzw. Dezember 2013/ Januar 2014	Koordinierungsgruppe / externe Prozessbegleitung	
5	Weiterarbeit in den Arbeitsgruppen unter Berücksichtigung / Einbeziehung der Ergebnisse aus dem 1. Werkstattgespräch, Rückfluss der Ergebnisse an die Koordinierungsgruppe	ab November 2013	Arbeitsgruppen	

6	Bündelung und Aufbereitung bisheriger Ergebnisse durch die Koordinierungsgruppe. Info an die Arbeitsgruppen und Vorbereitung des 2. Werkstattgesprächs	bis Mai 2014	Koordinierungsgruppe: Werkstattgespräch konzipieren, Ziele festlegen	
7	2. Werkstattgespräch (Schule - Jugendhilfe)	Juni 2014	externe Moderation (zwei Personen)	Für die Moderation inkl. Vor- und Nachbereitung sowie Dokumentation: 3,5 Beratertage (inkl. Co-Moderation)
7a	Auswertung des 2. Werkstattgesprächs und Rückkopplung der Ergebnisse in die Arbeitsgruppen	Juni/Juli 2014	Koordinierungsgruppe / externe Prozessbegleitung	
8	Weiterarbeit in den Arbeitsgruppen unter Berücksichtigung/ Einbeziehung der Ergebnisse aus dem 2. Werkstattgespräch	Juni 2014	Teil der Weiterarbeit in den Arbeitsgruppen wird unter anderem die Zusammenarbeit für den Entwurf zur Gesamtkonzeption Sozialarbeit an Schulen in Potsdam sein	
9	Bündelung und Aufbereitung bisheriger Ergebnisse durch die Koordinierungsgruppe in Form einer Entwurfsfassung einer Gesamtkonzeption. Info an die Arbeitsgruppen	Juli/August 2014	Koordinierungsgruppe / externe Prozessbegleitung: Grundlage für die Arbeit beim Fachtag ist der Entwurf eines Gesamtkonzepts zur Sozialarbeit an Schulen in Potsdam	
10	Fachtag	Ende September 2014	externe Moderation (zwei Personen)	Für die Moderation inkl. Vor- und Nachbereitung sowie Dokumentation: 3,5 Beratertage (inkl. Co-Moderation)
10a	Auswertung des Fachtages / Einarbeitung der Ergebnisse in die Gesamtkonzeption und Rückkopplung der Ergebnisse in die Arbeitsgruppen	Oktober/November 2014	Koordinierungsgruppe / externe Prozessbegleitung	
11	Abgabe Gesamtkonzeption und Vorstellung in (einer gemeinsamen Sitzung?) JHA und BA bzw. SVV zur Beschlussfassung	Dezember 2014 (Abgabe) / März 2015 (JHA/BA/SVV)	Koordinierungsgruppe / externe Prozessbegleitung	
<p>Im Gesamtprozess sind einzuplanen Berichterstattung in den Ausschüssen, ggf. Präsentation zum Abschluss in SVV, gesonderte Besprechungen (mit Staatlichem Schulamt, ...) außerhalb des hier skizzierten Prozesses sowie die redaktionelle Mitarbeit bei der Entwurfsfassung des Gesamtkonzepts: 7 Beratertage</p>				
			Beratertage gesamt:	71,75 Beratertage (15 + 31,25 + 8 + 3,5 + 3,5 + 7)
			Tagesatz Beratertage:	600 € netto (714 brutto)
			Gesamtkosten:	43.050 € netto (51.229,50 € brutto)
			Zeitraum:	Januar 2013 bis März 2015



BESCHLUSS
der 42. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 13.12.2012

Beschluss des Gesamtkonzeptes Sozialarbeit an Schulen in der Landeshauptstadt
Potsdam

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Zur Sicherstellung bedarfsgerechter Kinder- und Jugendhilfeangebote für Schülerinnen und Schüler, die an der Schnittstelle zur Schule (Sozialarbeit an Schulen) erbracht werden, ist ein abgestimmtes Gesamtsystem in der Landeshauptstadt Potsdam notwendig. Auf der Grundlage bisher geführter fachlicher Diskussionen in und zwischen den Bereichen Jugendhilfe und Schule wird daher bis März 2015 ein Rahmenkonzept für die schüler_innenbezogenen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in der Landeshauptstadt Potsdam entwickelt.
2. Die hierfür notwendige Arbeitsstruktur besteht aus
 - einer Koordinierungsgruppe,
 - den fachlichen Arbeitsgemeinschaften gemäß § 78 SGB VIII,
 - einer schulischen Arbeitsgruppe sowie
 - zwei Werkstattgesprächen und einem Fachtag, die im Rahmen des Gesamtprozesses durchgeführt werden (siehe Schaubild – Anlage 1)

Die einzurichtende Koordinierungsgruppe ist wie folgt zu besetzen: Vertreter_in Jugendhilfeausschuss, FbL 35 (Kinder, Jugend und Familie), Vertreter_in Unterausschuss Jugendhilfeplanung, Vertreter_in Ausschuss Bildung und Sport, FbL 21 (Bildung und Sport), Vertreter_in Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel.

Aufgaben der Koordinierungsgruppe: Abstimmung von Aufträgen mit den fachlichen Arbeitsgruppen, Koordinierung Gesamtprozess, Sicherung des Informationsflusses (Transparenz herstellen für alle Beteiligte), Zusammenführung der Teilprozesse und -ergebnisse, Mitplanung der Werkstattgespräche und des Fachtages.

Die Jugendhilfe-Arbeitsgruppen (Fach-AGs gemäß § 78 SGB VIII zzgl. AG SaS/ Schulsoz.) erfassen die schülerbezogenen Hilfe- und Unterstützungsbedarfe sowie ihre diesbezüglichen jugendhilfeinternen Schnittstellen und die zum System Schule. Hieraus abgeleitet sind arbeitsfeldspezifische, abgestimmte Jugendhilfeangebote und Verfahren zu entwickeln.

Die AG Schule erfasst die schülerbezogenen Hilfe- und Unterstützungsbedarfe aus Sicht der Schule sowie die damit verbundenen Schnittstellen zur Kinder- und Jugendhilfe. Auf dieser Grundlage können die Schnittstellen zu den Leistungen der Sozialarbeit

an Schulen weiterentwickelt und schulinterne Entwicklungsschritte verabredet werden, um den ermittelten Hilfe- und Unterstützungsbedarfen der Schüler_innen entsprechen zu können.

Das 1. Werkstattgespräch dient vor allem der jugendhilfeinternen Abstimmung.

Das 2. Werkstattgespräch dient vor allem der Zusammenführung der Teilergebnisse sowie der Diskussion und dem Austausch zwischen Schule und Jugendhilfe. Auf der Grundlage des 2. Werkstattgesprächs wird der Entwurf des Rahmenkonzepts erstellt. Der gemeinsame Fachtag dient der Diskussion und kritischen Reflexion der Entwurfsfassung des Rahmenkonzepts.

3. Der Gesamtprozess wird durch eine externe Prozessbegleitung unterstützt. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von 51.229,50 € sind in die Haushalte 2013 und folgende der Fachbereiche Kinder, Jugend und Familie sowie Bildung und Sport zusätzlich einzustellen. Zur Gewährleistung der Kontinuität des fachlichen Diskurses und aufgrund der hohen Akzeptanz sowie fachlichen Anerkennung seitens der Potsdamer Schul- und Jugendhilfeakteure wird empfohlen, den Projektverbund kobra.net mit der Prozessbegleitung zu beauftragen (siehe Meilensteinplan und Kostenkalkulation - Anlage 2).
4. Bis zu einer Beschlussfassung zum Rahmenkonzept eines abgestimmten Systems schüler_innenbezogener Jugendhilfeleistungen wird das bestehende System Potsdamer Schulsozialarbeit im bisherigen Rahmen und Umfang fortgeführt, inhaltlich jedoch weiter qualifiziert.
5. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Bildung und Sport, diesem Verfahren zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 2

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder des Jugendhilfeausschusses von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss werden 3 Seiten beigefügt.

Potsdam, den 14. Dezember 2012

Spyra
Schriftführerin